
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. März 1980

**Analyse des votations fédérales du 2 mars 1980*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Trennung von Kirche und Staat	21%	79%
Neuordnung der Landesversorgung	86%	14%
Stimmbeteiligung 35%		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. März 1980 / Ergebnisse von Repräsentativ- umfragen in der deutschen und französischen Schweiz	
1. Initiative: Trennung von Kirche und Staat	3
1.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen	3
1.2 Die Entscheidungsmotive	5
1.3 Einstellungen und Meinungen zum Themen- kreis Kirche – Politik – Staat	9
1.4 Das Verhältnis der Befragten zu Kirche und Religion	12
2. Neuordnung der Landesversorgung	20



(Nr. 11 war keine Abst.) ↳ Nr. 12

Die Abstimmungsresultate

	Trennung von Kirche und Staat (Ja in %)	Landesversorgung
CH	21,1	86,0
ZH	23,4	90,0
BE	20,4	88,3
LU	16,0	82,1
UR	10,9	78,8
SZ	12,7	77,1
OW	7,0	86,0
NW	12,0	87,2
GL	15,1	89,7
ZG	18,0	87,2
FR	20,6	82,1
SO	24,8	83,7
BS	31,1	93,0
BL	26,1	89,8
SH	28,3	84,9
AR	16,7	86,4
AI	3,8	87,3
SG	13,7	86,2
GR	14,8	80,9
AG	24,0	81,5
TG	15,5	84,7
TI	24,8	91,5
VD	20,9	78,8
VS	11,9	77,8
NE	30,6	88,3
GE	35,2	94,2
JU	16,1	80,7

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. März 1980

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

Über zwei Vorlagen wurde am 2. März abgestimmt: die Initiative für eine vollständige Trennung von Kirche und Staat wurde mit einem Verhältnis von fast 4:1 Stimmen klar abgelehnt, während die Neuordnung der Landesversorgung mit einem noch deutlicheren Verhältnis angenommen wurde. Lässt sich trotzdem nachweisen, dass einzelne Gruppen stark unterschiedlich gestimmt haben?

In mehreren Abstimmungskommentaren wurde die Frage aufgeworfen, welche Rolle der "föderalistische Reflex" bei der Ablehnung der Trennunginitiative gespielt habe. Wir gingen dieser Frage nach und eruierten die Entscheidungsmotive. Kann schliesslich das Votum gegen die Trennung auch als Votum für die Kirche interpretiert werden? Wir stellten den Befragten verschiedene Fragen über ihre Einstellung zum Problembereich Kirche – Politik – Staat sowie über ihr Verhältnis zu Kirche und Religion.

1) Initiative: Trennung von Kirche und Staat

1.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Zuerst wird untersucht, welche Merkmale das Stimmverhalten bei der Trennunginitiative beeinflusst haben. In Tabelle 1 sind die Stimmenverhältnisse der Merkmalsgruppen festgehalten. Die bei der Befragung verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja-/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der Westschweizer und Konfessionslosen weniger als 6 Prozent). Mittels Chi-Quadrat-Tests wurde untersucht, ob signifikante Zusammenhänge (Signifikanzniveau von mindestens 0,1) bestehen zwischen einzelnen Merkmalen und dem Entscheidverhalten. Sofern solche vorhanden sind, ist das Signifikanzniveau angegeben. Je kleiner die entsprechende Zahl, desto grösser der Zusammenhang zwischen beiden Variablen.

So klar die Initiative am 2. März von den Stimmbürgern in allen Kantonen auch abgelehnt worden ist, lassen sich doch klare Unterschiede im Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen aufzeigen. Vier Merkmale beeinflussten den Entscheid am stärksten. Zuerst zur Konfession: Zwar lehnten die Protestanten mit nur 3% weniger Nein-Stimmen die Initiative ebenso deutlich ab wie die Katholiken, doch stellen die Konfessionslosen – erwartungsgemäss – die einzige annehmende, allerdings kleine Gruppe (9% der Befragten) dar. Dass bei den Katholiken und Protestanten noch die Häufigkeit des Kirchganges einen Einfluss ausübte, wird Tabelle 7 zeigen.

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Initiative betreffend die Trennung von Kirche und Staat

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant Signifikanz- niveau	
		Ja	Nein		
Geschlecht	Frauen	10	90	ja	0,05
	Männer	19	81		
Alter	20-39jährige	28	72	ja	0,001
	40-64jährige	10	90		
	65-84jährige	9	91		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	15	85	nein	
	Westschweiz	16	84		
Stadt/Land	Stadt	21	79	ja	0,001
	Land	7	93		
Konfession	Katholiken	9	91	ja	0,001
	Reformierte	12	88		
	Keine	74	26		
Beruf	Selbständigerwer- bende, leitende An- gestellte/Beamte	16	84	ja	0,1
	Nicht leitende An- gestellte/Beamte	21	79		
	Landwirte	2	98		
	Arbeiter	17	83		
Bildung	Primarschule	8	92	nein	
	Sekundarschule	21	79		
	Berufs-, Gewerbe- schule	16	84		
	Gymnasium, Tech- nikum	13	87		
	Uni	24	76		
Parteisympathie	CVP	7	93	ja	0,001
	FdP	12	88		
	SP	31	69		
	SVP	0	100		
	LdU	0	100		
Pol. Integration ¹⁾	Hoch	12	88	ja	0,1
	Mittel	16	84		
	Tief	32	68		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		15	85		
		21	79		

1) Zum Begriff der "politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Die Parteisympathie, das Alter und die Siedlungsart der Befragten waren für deren Entscheidungsverhalten von ebenso grosser Bedeutung wie die Konfession. Unter den Befragten befanden sich keine SVP- und LdU-Sympathisanten, die die Trennungsinitiative angenommen hätten. Die Anhänger bürgerlicher Parteien lehnten überdurchschnittlich ab, während immerhin ein Drittel der SP-Sympathisanten zustimmten. Die Abstimmungsparolen der grossen Parteien wurden somit von deren Anhängern befolgt. Im Falle der SP entschieden sich bei Stimmfreigabe die Sympathisanten doch mehrheitlich gegen die vollständige Trennung von Kirche und Staat.

In bezug auf das Alter lässt sich deutlich beweisen, dass die Initiative nur aus dem Lager der 20–39jährigen nennenswerten Zuspruch erhielt; die über 40jährigen lehnten sie zu 90% ab. Ähnliche Verhältnisse zeichnen sich auch bei der Siedlungsart ab: die Städter waren der Vorlage deutlich freundlicher gesonnen als die Bewohner ländlicher Gebiete. Ein – kleinerer – Einfluss lässt sich auch noch für die Merkmale Geschlecht, Beruf und politische Integration nachweisen. Bei den Männern finden sich fast doppelt so viele Befürworter wie bei den Frauen (19% gegenüber 10%). Je stärker die Befragten politisch integriert sind, umso klarer lehnten sie eine Trennung von Kirche und Staat ab. Schliesslich darf auch festgehalten werden, dass die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Sprachgruppen keinen Einfluss hatte. Wohl geht aus den effektiven Resultaten hervor, dass die Kantone Genf und Neuenburg, in denen Kirche und Staat getrennt sind, überdurchschnittlich annahmen, dies wird jedoch innerhalb der Westschweiz kompensiert durch die unterdurchschnittlichen Ja-Anteile in den Kantonen Jura und Wallis.

Ein typischer Neinsager lässt sich wie folgt charakterisieren: es handelt sich um eine Frau, über 40jährig, sie wohnt auf dem Land, ist katholisch oder reformiert, und ihre Sympathie liegt bei den bürgerlichen Parteien.

Eine deutliche Tendenz zur Annahme der Trennungsinitiative hat hingegen folgender 'Idealtyp': ein Mann, zwischen 20 und 39 Jahren alt, wohnt in der Stadt, ist konfessionslos und Sympathisant einer linken Partei.

1.2 Die Entscheidungsmotive

Wie motivierten Befürworter und Gegner der Vorlage ihren Entscheid? Diese Frage wurde auf zwei Arten erhoben. Zuerst mussten die Befragten auf eine offene Frage hin ihre Motive angeben. Später wurden sie dann mit einigen Argumenten für und wider die Trennungsinitiative konfrontiert, wobei sie sich "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" erklären konnten.

Tabelle 2 enthält die Ergebnisse der offenen Motiv-Frage. Es sind alle Kategorien, die von mindestens 5% der Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurden, aufgeführt.

Ein Fünftel der Befürworter nannte den erwarteten Wegfall der Kirchensteuern als Grund für das Ja zur Initiative. Somit dreht sich das wichtigste Argument der Befürworter um die Frage – ihres – Geldes. 13% gaben an, Kirche und Staat seien zu

Tabelle 2 Entscheidungsmotive bei der Initiative betreffend die Trennung von Kirche und Staat

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
– Kein Zwang zu Kirchensteuern mehr	19
– Kirche und Politik haben miteinander nichts zu tun	13
– Ich bin aus der Kirche ausgetreten/ Ich bin gegen die Kirche	13
– Kirche soll selbst für ihre Mittel aufkommen/ soll selbständig sein	10
– Freikirchen nicht mehr benachteiligen/ Schluss mit der Benachteiligung von Minderheiten	6
Undifferenziert/Weiss nicht	19
<i>Nein-Motive</i>	
– Kirche und Staat lösen Probleme gemeinsam/ gehören zusammen	18
– Kirche wäre finanziell ruiniert	14
– Sache der Kantone	11
– Kirche erfüllt wichtige soziale Aufgaben	8
– Gäbe ein Chaos/zu kompliziert	6
– Ich bin gläubig/Ich bin für die Kirche	6
Undifferenziert/Weiss nicht	20

trennen, weil Kirche und Politik nichts miteinander zu tun hätten, und ebenso viele wollten dasselbe, weil sie selbst mit der Kirche nichts im Sinn hätten, d.h. aus ihr ausgetreten seien.

Von weiteren 10% wurde das Ja zur Trennung aus der Forderung heraus begründet, die Kirche sollte für ihre Mittel selbst aufkommen und ganz selbständig sein.

Ein vorgreifender Blick auf Tabelle 3 bestätigt: am wichtigsten ist den Befürwortenden die finanzielle Frage. Die dortigen Argumente 3 und 4 vereinigten bei den Ja-Sagern 65% bzw. 60% "voll einverstanden" auf sich. Inwieweit es bei Argument 3 wirklich die Sorge um die Benachteiligung der Freikirchen ist, ist allerdings fraglich, da das entsprechende Argument, die Benachteiligung der Freikirchen müsse beendet werden, nur von 6% spontan vorgebracht wurde, wie Tabelle 2 zeigt.

Bei den Antworten auf die offene Motiv-Frage fallen unter den Befürwortern der

Vorlage folgende abweichende Gruppen auf: das Argument "Wegfall der Kirchensteuern" wurde zum Teil stark in den Vordergrund gestellt, so gaben es 42% der Westschweizer, 43% der politisch wenig integrierten und 33% der katholischen Ja-sager an. Hingegen begründeten erwartungsgemäss 43% der Konfessionslosen ihr Ja mit dem von ihnen vollzogenen Austritt aus der Kirche. Das von 18% der Gegner und somit meistgenannte Contra-Argument ist die Meinung, Kirche und Staat gehörten zusammen, sie lösten gemeinsam Probleme. In dieser Kategorie sind also Argumente zusammengefasst, die wenig differenziert sind. So wurde in diesen Antworten nicht spezifiziert, weshalb beide zusammengehören bzw. welche Probleme gemeinsam gelöst werden. Würde man diese Kategorie zu derjenigen der Undifferenziert/Weiss Nicht-Antworten hinzuaddieren, so ergäbe dies 38% oder mehr als ein Drittel der Neinsager, die ihren Entscheid spontan mehr schlecht als recht begründen konnten. Gehören Kirche und Staat einfach aus Tradition zusammen, so wie viele nur noch aus Tradition und nicht mehr aus Überzeugung Mitglied einer Kirche sind? Abschnitt 1.4 wird auf diese Frage zwar keine Antwort präsentieren, aber doch der Frage nach dem Verhältnis und den Einstellungen zur Kirche nachgehen. Mit 14% der Nennungen ist die Befürchtung, durch eine Trennung würden die Kirchen finanziell ruiniert, das zweitwichtigste Nein-Motiv.

Der "föderalistische Reflex" sodann schlägt bloss mit 11% der Nennungen zu Buche. Die in mehreren Abstimmungskommentaren aufgetauchte Frage, ob dieser Reflex massgeblich zum deutlichen Nein beigetragen habe, muss verneint werden. Immerhin sei festgestellt, dass in der Westschweiz ein Viertel der Trennungsgegner dieses Argument nannten (dagegen in der deutschen Schweiz: 7%). Auch von Sympathisanten der FdP wurde es überdurchschnittlich oft erwähnt (18%), ebenso von 20–39jährigen (15%; dagegen 65–84jährige: 7%).

Die Sorge um das finanzielle Überleben der Kirchen plagte hingegen die 65–84jährigen mehr (19%; dagegen 20–39jährige: 11%).

Von 8% der Trennungsgegner wurde in Erinnerung gerufen, dass die Kirche wichtige soziale Aufgaben erfülle und deshalb eine verfassungsmässige Änderung ihrer Stellung nicht erwünscht sei. Weitere 6% der befragten Trennungsgegner meinten, die Durchführung der Trennung wäre zu kompliziert und würde zu einem Chaos führen. Ebensoviele wollten ihr Nein als grundsätzliches Ja zu Kirche und Glauben verstanden wissen.

Die Tabellen 3 und 4 enthalten die Resultate der bereits erwähnten geschlossenen Motiv-Fragen. Anhand von Tabelle 3 kann die Bedeutung einzelner Pro-Argumente überprüft werden. Sie enthält die Prozentzahlen für die Kategorien "voll einverstanden" sowie, in Klammern, "voll einverstanden" plus "einigermassen einverstanden". Nebst den Zahlen für die Gesamtheit der Befragten sind diejenigen für die Ja-Stimmenden, Nein-Stimmenden sowie Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen aufgeführt.

Bei den Pro-Argumenten fällt auf, dass jene zwei am meisten Zustimmung finden, die sich um finanzielle Aspekte drehen. Auch die Gegner der Initiative sind zu 44% einigermaßen, z.T. sogar voll einverstanden, wenn die Abschaffung der finanziellen Privilegien der grossen Kirchen vorgebracht wird. Mit dem Argument, staatliche Universitäten seien nicht dazu da, um Pfarrer auszubilden, erklärt sich weni-

Tabelle 3 Initiative betreffend die Trennung von Kirche und Staat: Das Gewicht einzelner Pro-Argumente

Argument	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1 + 2* (1 = "voll einverstanden", 2 = "einigermassen einverstanden")					
	Stimmverhalten			Konfession		
	Total	Ja	Nein	Katholiken	Reformierte	Keine
(1) Die heutige Kirche ist eine Beamtenkirche mit 95% Passivmitgliedern. Bei einer Trennung von Kirche und Staat könnte sie zu einer lebendigen Gemeinschaft mit aktiven, ernsthaften Gläubigen werden.	14 (36)	38 (63)	7 (25)	11 (30)	14 (36)	24 (51)
(2) Die Ausbildung der Pfarrer sollte allein Sache der Kirche sein. Staatliche Universitäten sind nicht dazu da, Pfarrer auszubilden.	23 (36)	42 (46)	16 (30)	28 (43)	18 (29)	35 (44)
(3) Es ist nicht richtig, dass die anerkannten, grossen Kirchen Steuern eintreiben können, nicht aber die sog. Freikirchen	31 (52)	65 (69)	19 (44)	32 (52)	27 (50)	51 (60)
(4) Die Subventionen vom Staat an die Kirche, wie sie in vielen Kantonen geleistet werden, sind ungerecht; dadurch zahlen viele Steuerzahler für eine Kirche, der sie gar nicht angehören.	30 (50)	60 (73)	15 (36)	29 (50)	25 (48)	59 (68)

ger als ein Viertel der Befragten voll einverstanden. Dies ist das einzige Pro-Argument, bei dem ein nennenswerter Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten besteht. Dieser ist allerdings durch die unterschiedliche Art der Ausbildung der Pfarrer bedingt: Die Protestanten sind dabei stärker auf die staatlichen Universitäten angewiesen.

Am wenigsten wird die Auffassung geteilt, die besagt, die Kirche sei heute bloss noch eine Beamtenkirche mit 95% Passivmitgliedern. Die in Tabelle 4 enthaltenen Contra-Argumente fanden durchwegs mehr Zustimmung bei der Gesamtheit der Befragten, was die eindeutige Niederlage der Trennungsinitiative widerspiegelt. Die deutlich höchste Zustimmung findet hier ein Motiv, das bei der offenen Frage spontan kaum genannt wurde, nämlich der Einsatz der Kirchen bzw. deren Hilfswerke für die dritte Welt. Ob dieses Engagement der Kirchen beim Entscheid der Stimmbürger nur unbewusst oder indirekt – es betrifft ja nicht das Verhältnis der Kirchen zu unserem Staat – mitgewirkt hat, kann nicht gesagt werden; doch wird klar, dass die in der dritten Welt praktizierte Nächstenliebe eine breite Zustimmung findet. Dasselbe gilt auch für das soziale Engagement der Kirchen im Inland.

Tabelle 4 Initiative betreffend die Trennung von Kirche und Staat: Das Gewicht einzelner Contra-Argumente

Argument	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1 + 2* (1 = "voll einverstanden", 2 = einigermaßen einverstanden")							
	Stimmverhalten				Konfession			
	Total	Ja	Nein		Katholiken	Reformierte	Keine	
(1) Die Kirchenhoheit ist Sache der Kantone. Der Bund soll hier nicht dreinreden.	36 (55)	21 (37)	46 (65)		36 (55)	38 (58)	25 (36)	
(2) Die kirchlichen Hilfswerke (Caritas, Fastenopfer, Brot für Brüder, HEKS) helfen mit, das Bewusstsein zu wecken für die Notlage der dritten Welt.	52 (79)	33 (73)	67 (90)		57 (81)	52 (80)	21 (57)	
(3) Die Kirche ist gut geeignet, gesellschaftliche Randgruppen und andere Hilfsbedürftige zu betreuen, die von der öffentlichen Hand nur ungenügend erfasst werden.	44 (72)	25 (67)	57 (80)		45 (74)	46 (72)	22 (59)	

Tabelle 4 bestätigt ferner, dass die Wahrung des Föderalismus in bezug auf die Kirchenhoheit das relativ unbedeutendste Contra-Argument darstellt. Die Ja-Sager erreichen hier die kleinste Zustimmungsrates überhaupt; für sie ging es nie darum, eine Kompetenz von den Kantonen zum Bund zu übertragen, sondern darum, sie abzuschaffen. Die Neinsager bestritten, dass der Bund hierzu überhaupt kompetent sei.

Abschliessend sei festgehalten, dass nicht der "föderalistische Reflex" die Trennunginitiative zu Fall brachte, dass vielmehr ein echtes Votum gegen die Trennung von Kirche und Staat vorliegt.

1.3 Einstellungen und Meinungen zum Themenkreis Kirche – Politik – Staat

Um die Meinungen zu diesem Problemkreis noch etwas besser auszuleuchten, wurden den Befragten zu 5 Fragen jeweils 2 oder 3 konträre Ansichten vorgelegt, wobei von ihnen verlangt wurde, die ihrer eigenen Meinung entsprechenden auszuwählen. Tabelle 5 enthält die Ergebnisse. Alle Ansichten sind unter Angabe der prozentualen Nennungen aufgelistet. All jene Merkmale sind mit einem Stern gekennzeichnet, die die Stellungnahme der Befragten signifikant beeinflussen haben, d.h. ein Signifikanzniveau von 0,05 oder kleiner im Rahmen eines Chi-Quadrat-Tests aufweisen.

Mehr als 60% sind eher für eine politische Zurückhaltung der Kirchen. Dass zwi-

Tabelle 5 Die Ansichten zum Verhältnis von Kirche zu Politik und Staat

Fragen und Ansichten	Nennungen in %	Merkmale								
		Geschlecht	Alter	Sprachgr.	Stadt/Land	Konfess.	Beruf	Bildung	Parteisymp.	Pol. Integr.
		(* = Signifikanter Zusammenhang zwischen Merkmal und Ansicht)								
(1) – Die Kirche soll bei politischen Fragen Zurückhaltung üben und sich weitgehend auf das Seelenleben des Menschen beschränken	61							*		
– Die Kirche muss sich auch mit heiklen politischen Fragen auseinandersetzen, sonst vernachlässigt sie ihren Auftrag	38									
– Weiss nicht/Keine Antwort	1									
(2) – Die Kirche muss mithelfen, Bewährtes zu verteidigen und die Tradition zu hüten	35	*	*	*				*	*	*
– Die Kirche muss vorwärts schauen und mithelfen, das Bestehende in Frage zu stellen	62									
– Weiss nicht/Keine Antwort	3									
(3) Die Initiative für die Trennung von Kirche und Staat ist abgelehnt worden. Glauben Sie, dass dieses Thema nun für die nächsten Jahre begraben wird, oder denken Sie, dass wir schon bald wieder über ein ähnliches Begehren, z.B. auf kantonaler Ebene, abstimmen müssen?										
– für die nächsten Jahre begraben	43	*		*				*		
– schon bald wieder zur Abstimmung	42									
– Weiss nicht/Keine Antwort	15									
(4) Obwohl die Initiative im Landesdurchschnitt abgelehnt worden ist, haben immerhin rund 18% der Stimmenden der Trennung zugestimmt. Was glauben Sie, wie wird die Kirche dieses Resultat interpretieren? Nimmt sie die 18% ernst und fragt sich, wie man dieser Minderheit entgegenkommen könnte, oder fühlt sie sich im Gegenteil dazu aufgefordert, am Bisherigen, Bewährten festzuhalten und nichts zu ändern?										
– der Minderheit entgegenkommen	28							*		
– nichts ändern, am Bewährten festhalten	48									
– Weiss nicht/Keine Antwort	23									

Tabelle 5 Fortsetzung

Fragen und Ansichten	Nennungen in %	Merkmale								
		Geschlecht (* = Alter)	Sprachgr.	Stadt/Land	Konfess.	Beruf	Bildung	Parteisymp.	Pol. Integr.	Stellungn. z. Trennungsinit.
(5) Eine Frage zur Beziehung zwischen Kirche und Armee. Wie Sie wissen, ist der Dienst des Feldpredigers in der Armee nicht unbestritten. Was ist Ihre Meinung dazu? Soll dieser Dienst auch in Zukunft beibehalten, oder soll er abgeschafft, oder soll er nur in Kriegszeiten geleistet werden?										
– Dienst beibehalten	78	*	*	*	*		*	*	*	*
– Dienst beibehalten aber nur in Kriegszeiten	7									
– Dienst abschaffen	8									
– Weiss nicht/Keine Antwort	6									

schen dieser Frage und der von einer grossen Mehrheit gewünschten Nicht-Trennung von Kirche und Staat kein direkter Zusammenhang gesehen wird, zeigt die Tatsache, dass Ja- und Neinstimmer die erstere gleich bewerten (keine signifikante Abweichung beim Merkmal "Stellungnahme zur Trennungsinitiative"). Nur das Merkmal Bildung bewirkt signifikante Unterschiede. Generell gesagt: mit zunehmender Bildung sind die Befragten weniger stark für die politische Zurückhaltung der Kirchen. Speziell: einzig die Hochschulabsolventen sind mehrheitlich für ein stärkeres Engagement der Kirchen in politischen Fragen. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in bezug auf das Alter: Jüngere sind weniger deutlich für Zurückhaltung, aber diese Abweichung ist nach dem oben beschriebenen Kriterium nicht signifikant (erreicht sie doch nur das Signifikanzniveau 0,1).

Bei Frage 2 sind die Verhältnisse für die Gesamtheit der Befragten gerade umgekehrt. Wenn man die Frage des Engagements der Kirchen nicht auf politische Fragen zentriert, sind die Leute "konfliktfreudiger". Mehr Konfliktfronten bestehen bei dieser Frage auch insofern, als mehrere Merkmale für signifikante Abweichungen sorgen. So sind bei den Berufsgruppen allein die Landwirte mehrheitlich für eine Kirche als Traditionshüterin, analog dazu die SVP-Sympathisanten beim Merkmal Parteisympathie. SP- und LdU-Anhänger dagegen sind überdurchschnittlich für eine Kirche, die mithilft, das Bestehende in Frage zu stellen. Dasselbe gilt für Frauen, Romands und Befürworter der Trennungsinitiative. Bei Alter und Bildung bestehen dieselben Trends wie bei der vorhergehenden Frage. Die 65–84jährigen und die Primarschulabsolventen sind dabei die einzigen, die mehrheitlich von der Kirche verlangen, das Bewährte zu verteidigen.

Ob das Thema Trennung von Kirche und Staat bald wieder zur Abstimmung kommen wird? Einerseits werden vorläufig nicht irgendwelche Initianten eine Schlappe auf diesem Gebiet riskieren, andererseits weiss man, dass z.B. im Kanton Zürich eine Revision dieser Materie im Gange ist. So etwa dürfte das Patt der Antworten zu Frage 3 interpretiert werden. Die Unsicherheit der Befragten zeigt sich auch darin, dass 15% sich zu dieser Frage kein Urteil bilden konnten. Von denjenigen Stadtbewohnern, Frauen, Primar- und Sekundarschulabsolventen, die sich ein Urteil bilden konnten, glaubt die Mehrheit an eine baldige neue Abstimmung.

Fast die Hälfte der Befragten glaubt nicht, dass die Kirche auf das klare Abstimmungsergebnis hin den Trennungsbefürwortern entgegenkommen werde. Immerhin sei festgestellt, dass 28% (oder 37% derjenigen, die sich eine Meinung bilden konnten), von den Kirchen ein solches Entgegenkommen erwarten. Dies gilt besonders für die Merkmalsgruppen Sekundar- und Hochschulabsolventen.

Die Antworten auf Frage 5 verdeutlichen die traditionelle Verankerung des Dienstes des Feldpredigers in der Armee bei der Gesamtheit der Befragten. Überdurchschnittlich häufig für die Beibehaltung dieses Dienstes sind die Merkmalsgruppen Frauen, Primar- und Sekundarschulabsolventen, über 40jährige, politisch höher Integrierte, Westschweizer, Landbewohner und Gegner der Trennungsinitiative sowie CVP-, FdP- und SVP-Anhänger. Die Abschaffung dieses Dienstes befürworten 40% der Konfessionslosen, 24% der Hochschulabsolventen, 17% der SP-Sympathisanten sowie 14% der 20–39jährigen.

1.4 Das Verhältnis der Befragten zu Kirche und Religion

90% der Befragten sind Mitglied einer Kirche, nämlich 47% Protestanten, 39% Katholiken, 2% Christ-Katholiken und 2% Anhänger von freien Kirchen. 9% gehören keiner Kirche an.

Die 90%, die in einer Kirche sind, wurden gefragt, ob sie aus echter Überzeugung oder lediglich noch aus Tradition dabei seien. Tabelle 6, die gleich aufgebaut ist wie Tabelle 5, enthält die Resultate dieser geschlossenen Frage. Genau die Hälfte ist Mitglied einer Kirche aus Überzeugung. Kaum weniger, nämlich 49% geben an, bloss noch aus Tradition Mitglied zu sein, während 1% dazu keine Meinung haben. Interessanter als dieses ausgewogene Resultat für die Gesamtheit der Kirchenmitglieder sind einige signifikante Abweichungen. So ist das Verhältnis bei den 20–39jährigen 38% aus Überzeugung gegenüber 62% aus Tradition, bei den 65–84jährigen hingegen 69% : 30%. Aus dieser Feststellung darf nicht etwa geschlossen werden, dass die Überzeugung mit zunehmendem Alter auch zunehme¹⁾. Auch bezüglich Parteisympathie gibt es deutliche Unterschiede: CVP-Anhänger sind zu 81% überzeugte Mitglieder der Kirche, FdP- und SP-Sympathisanten nur zu 47% bzw. 37%. Unterschiede bestehen auch beim Merkmal Siedlungsart: Landbewohner sind zu 60% aus Überzeugung bei der Kirche, während es bei den Stadtbewohnern nur 46% sind.

Diejenigen, die angegeben haben, lediglich aus Gründen der Tradition noch in der

Tabelle 6 Gründe für die Mitgliedschaft in einer Kirche

Gründe	Nennungen in %	Merkmale									
		Geschlecht	Alter	Sprachgr.	Stadt/Land	Konfess.	Beruf	Bildung	Parteisymp.	Pol. Integr.	Stellungs- u. Trennungsmit.
(* = Signifikanter Zusammenhang zwischen Merkmal und Grund)											
(1) Für die Mitgliedschaft in einer Kirche gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Vereinfacht geht es dabei um eine Mitgliedschaft aus echter Überzeugung oder mehr aus Tradition. Was überwiegt bei Ihnen?											
– Mitgliedschaft aus echter Überzeugung	50		*	*	*	*	*	*	*	*	*
– Mitgliedschaft aus Tradition/bin einfach dabei	49										
– Weiss nicht/Keine Antwort	1										
(2) Falls bei (1) "aus Tradition/bin einfach dabei": Obwohl Sie nur noch aus Tradition und nicht mehr aus echter Überzeugung Mitglied einer Kirche sind, sind Sie bisher nicht ausgetreten. Wieso eigentlich nicht? in erster Linie:											
– Ich will meinen Kindern einen christlichen Unterricht zukommen lassen	52		*	*	*	*					
– Ein Austritt aus der Kirche wäre nur dann sinnvoll, wenn ich überzeugt wäre, dass es keinen Gott gibt	23										
– Mit einem Austritt würde ich mich irgendwie ins Abseits begeben. Meine Verwandten und Bekannten würden diesen Schritt nicht verstehen	13										
– Ich will kirchlich beerdigt werden	10										
– Weiss nicht/Keine Antwort	2										
in zweiter Linie:											
– Ich will kirchlich beerdigt werden	28										
– Ein Austritt aus der Kirche wäre nur dann sinnvoll, wenn ich überzeugt wäre, dass es keinen Gott gibt	25										
– Mit einem Austritt würde ich mich irgendwie ins Abseits begeben. Meine Verwandten und Bekannten würden diesen Schritt nicht verstehen	19										
– Ich will meinen Kindern einen christlichen Unterricht zukommen lassen	19										
– Weiss nicht/Keine Antwort	9										

Kirche zu sein, wurden mittels einer Filterfrage aufgefordert, anzugeben, weshalb sie trotz mangelnder Überzeugung nicht aus der Kirche ausgetreten seien. Aus vier möglichen Gründen konnten sie einen ersten und einen zweiten auswählen. Die relative Bedeutung der einzelnen Gründe ist ebenfalls der Tabelle 6 zu entnehmen. Auffallend bei den Erstnennungen ist die hervorragende Bedeutung, die dem christlichen Unterricht der Kinder beigemessen wird. Dies, obwohl zu dieser Frage ja nur jene befragt wurden, denen selbst die echte Überzeugung für ihre Mitgliedschaft in der Kirche fehlt. Wie auch die 23% der Nennungen für den zweitwichtigsten Grund zeigen, will Mitgliedschaft aus blosser Tradition nicht heissen, dass man sich vom christlichen Glauben total distanziert hat. Vielmehr will man die Basis zu diesem auch an die nächste Generation weitergegeben wissen.

Von den 65–84jährigen (Kirchenmitgliedern aus blosser Tradition) nannten 40% die kirchliche Beerdigung, unter den 20–39jährigen (Kirchenmitgliedern aus blosser Tradition) hingegen 18% die Furcht vor einem durch Kirchenaustritt verursachten Abseits als ersten Grund, weshalb sie noch Mitglieder einer Kirche seien. Sie tragen damit massgebend dazu bei, dass das Merkmal Alter auf die Mitgliedschaftsgründe einen signifikanten Einfluss ausübt.

Der christliche Unterricht für die Kinder wurde von den Landbewohnern und den Katholiken überdurchschnittlich oft als erstes Nicht-Austritts-Motiv erwähnt.

Eine weitere Frage, die zum Komplex Verhältnis zu Kirche und Religion gestellt wurde, betrifft die Häufigkeit des Kirchgangs. Tabelle 7 enthält die genauen Ergebnisse. Es sind die Zahlen all jener Merkmalsgruppen aufgeführt, deren Merkmal die Variable Kirchgangshäufigkeit signifikant (Signifikanzniveau von 0,001) beeinflussen.

Für die Gesamtheit der Befragten gilt: 32% oder fast ein Drittel gaben an, mindestens einmal pro Monat zur Kirche zu gehen. Dagegen sagten lediglich 10%, sie gingen überhaupt nie in die Kirche. Von den differenzierten Ergebnissen sind folgende am interessantesten: Mit zunehmender Schulbildung sinkt das Interesse am Kirchgang; CVP-Sympathisanten sind die häufigsten Kirchgänger, für die SP- und LdU-Sympathisanten trifft das Gegenteil zu. Bemerkenswert ist auch der Zusammenhang zwischen Stimmbeteiligung²⁾ und Häufigkeit des Kirchenbesuchs: mehr als die Hälfte (58%) derjenigen, die nie an Abstimmungen teilnehmen (dies sind 10% der Befragten), gehen höchstens bei familiären Anlässen oder nie in die Kirche, während umgekehrt die Hälfte derjenigen, die sich an jeder Abstimmung beteiligen auch mindestens einmal pro Monat zur Kirche geht. Es handelt sich da um die "Pflichtbewussten" und die "Enttäuschten"³⁾.

Weitere Einstellungen und Meinungen zu Kirche und Religion gehen aus Tabelle 8 hervor. Die Befragten wurden mit neun verschiedenen Meinungen konfrontiert und konnten sich wie schon bei der geschlossenen Motiv-Frage mit "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" äussern. Die Tabelle ist gleich aufgebaut wie schon Tabelle 3.

Das breiteste Einverständnis erzielte die Aussage 3. Eine breite Mehrheit der Befragten kann sich vorstellen, dass auch jemand, der nie in die Kirche geht, ein guter Christ sein kann.

Tabelle 7 Die Kirchgangshäufigkeit nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppe	Kirchgangshäufigkeit in %				
		mind. 1 x pro Woche	mind. 1 x pro Monat	mehrmals im Jahr/ an kirchlichen Feiertagen	nur bei fa- miliären Anlässen (Taufe/ Hochzeit/ Abdankung)	Nie
Stichprobe	Total	20	12	22	31	10
Alter	20-39jährige	9	5	24	41	16
	40-64jährige	23	15	25	26	6
	65-84jährige	39	21	11	19	7
Stimme- teiligung	Nie	8	10	19	36	22
	1 bis 9 x pro Jahr	15	12	23	35	11
	10 x pro Jahr	36	14	21	20	5
Stadt/Land	Stadt	16	10	21	35	13
	Land	29	17	24	22	5
Konfession	Katholiken	39	15	17	20	6
	Reformierte	7	12	31	43	5
Beruf	Selbständigerw., lei- tende Angest./Beamte	16	9	22	35	11
	Nicht leitende Angest./Beamte	15	9	22	35	13
	Landwirte	33	18	28	17	2
	Arbeiter	18	13	24	34	8
Bildung	Primarschule	32	18	18	24	5
	Sekundarschule	23	11	25	20	15
	Berufs-, Gewerbesch.	15	12	25	35	11
	Gymnasium, Technik.	18	7	21	35	11
	Uni	20	9	9	28	26
Partei- sympathie	CVP	59	15	17	5	1
	FdP	14	13	28	32	5
	SP	9	10	19	40	18
	SVP	12	25	25	33	2
	LdU	12	24	6	35	18
Pol. Inte- gration	Hoch	30	10	25	28	4
	Mittel	20	15	22	30	9
	Tief	10	9	20	38	20
Stellung- nahme zur Trennungs- initiative	Ja	15	2	19	38	21
	Nein	38	16	23	17	1

Die Aussagen 1, 2, 4 und 8, mit denen jeweils über 60% der Befragten voll oder einigermaßen einverstanden sind, sind positive Einschätzungen der Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft. Das traditionelle Rollenverständnis von der Kirche (Aussagen 1, 2, 8) wird von einer grösseren Anzahl der Befragten geteilt als die

Tabelle 8 Einstellungen und Meinungen zu Kirche und Religion

Aussage	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1 + 2* (1 = "voll einverstanden", 2 = "einigermaßen einverstanden")					
	Stimmverhalten			Konfession		
	Total	Ja	Nein	Katholiken	Reformierte	Keine
(1) Die Kirche ist ein notwendiges Bindeglied zwischen Mensch und Gott, zwischen Diesseits und Jenseits.	44 (73)	15 (42)	58 (89)	58 (84)	39 (74)	6 (24)
(2) Ohne Kirche, ohne Religion besteht die Gefahr, dass wir uns zu sehr an weltliche, materielle Dinge hängen.	40 (67)	15 (35)	55 (86)	53 (79)	36 (66)	5 (24)
(3) Um ein Christ zu sein, muss man nicht unbedingt in die Kirche gehen.	65 (83)	67 (77)	55 (79)	64 (80)	66 (87)	70 (81)
(4) Die Kirche ist eine Stätte der Begegnung, die für jedermann offen ist und wo frei und kritisch diskutiert werden kann.	34 (61)	23 (44)	42 (70)	35 (64)	36 (63)	13 (36)
(5) Die Kirche ist ein Gebilde, in dem gewöhnliche Leute nichts zu sagen haben. Das Wesentliche wird von oben herab verfügt.	20 (42)	27 (58)	16 (37)	23 (43)	14 (38)	43 (59)
(6) Fragen der Gesamtkirche sind für den Einzelnen von geringer Bedeutung. Wichtig ist vor allem, was in der Kirchgemeinde am Wohnort passiert.	26 (54)	19 (37)	26 (58)	26 (53)	26 (57)	19 (40)
(7) Die wirklich brennenden Probleme unserer Zeit kommen im Gottesdienst nur selten zur Sprache.	24 (55)	35 (48)	20 (54)	27 (55)	20 (53)	38 (65)
(8) Heute, wo Gut und Böse immer weniger auseinandergehalten werden, wo bald alles in Frage gestellt wird, ist die Kirche als Warnerin und als moralische Instanz stets nötiger.	34 (60)	17 (33)	45 (73)	42 (68)	31 (58)	6 (25)
(9) Die Kirche ist eine grosse undurchsichtige Organisation, in welcher der Einzelne sich nicht mehr zurechtfindet. Eine wahre lebendige Gemeinschaft ist so nicht mehr möglich.	15 (36)	33 (62)	6 (25)	13 (34)	13 (33)	33 (56)

Kritik (Aussagen 5, 7, 9). Diese Feststellung sollte nicht etwa zu voreiligen Fehlschlüssen führen: Mehrheiten ergeben sich bei den positiven Einschätzungen erst, wenn zur Kategorie "voll einverstanden" noch die Kategorie "einigermassen einverstanden" hinzuaddiert wird. Schliesslich muss man sich überlegen, wie dieser Sachverhalt einzuschätzen ist; hat man das traditionelle Rollenverständnis von der Kirche, so wie man ihr aus Tradition angehört, kritisiert man nichts, weil man sich gar nicht damit befasst, also inaktiv ist?

VOX untersucht auch die Haltung zur Ökumene, also zur Annäherung zwischen der katholischen und der reformierten Kirche. Bevor wir jedoch die Befürwortung bzw. Ablehnung dieser Zusammenarbeit abklären, wollten wir wissen, was sich die Befragten unter diesem Begriff überhaupt vorstellen können. Tabelle 9 enthält die Ergebnisse einer entsprechenden offenen Frage. 27% der Befragten haben keine Ahnung davon, was Ökumene bedeuten könnte. 69% (Kategorien 2, 3, 4, 5, 6) der Befragten wussten, in welcher Richtung sie die Umschreibung des Begriffs suchen mussten. Davon wussten nur 18% genau, was man heute unter Ökumene versteht (Kategorie 3). Zu dieser Frage bleibt noch festzustellen, dass die Befragten stark "kosmopolitisch" sind, rangiert doch Kategorie 2 unter den differenzierten Antworten an erster Stelle.

Tabelle 9 Die Umschreibung des Begriffs Ökumene

Kategorien inhaltlicher Umschreibung	Nennungen in %
(1) Weiss nicht/Keine Antwort	27
(2) Zusammenarbeit verschiedener (auch nicht-christlicher) Religionen/Akzeptieren anderer Religionen	20
(3) Annäherung, Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten bzw. deren Kirchen	18
(4) Christliche Glaubensgemeinschaft/Glaube an denselben Gott	14
(5) Vereinigung von katholischer und protestantischer Kirche/Einheitskirche	10
(6) Undifferenziert (zB. hat etwas mit Kirche zu tun)	7
(7) Ganz falsch (zB. Verwechslung mit Ökonomie)	1

Nachdem den Befragten erklärt worden war, unter Ökumene verstehe man die Annäherung zwischen der katholischen und der reformierten Kirche, mussten diese angeben, ob sie "eher dafür" oder "eher dagegen" seien, oder ob sie dieser Tendenz "gleichgültig" gegenüberstünden. Wie Tabelle 10 zeigt, ist die grosse Mehrheit der Befragten für eine Annäherung der beiden grossen Kirchen. Die Ergebnisse sind für jene Merkmalsgruppen differenziert angegeben, deren Merkmale

die Haltung zur Ökumene signifikant beeinflussten. Dabei kommen die signifikanten Abweichungen kaum durch besonders starke Voten gegen die ökumenische Zusammenarbeit zustande. Vielmehr wird die unterdurchschnittliche Zustimmung in einzelnen Merkmalsgruppen durch die relative Zahl der Gleichgültigen kompensiert. Dies trifft auf die Männer, die 20–39jährigen, die Romands, die Städter, die SP-Sympathisanten und die politisch schwach Integrierten zu.

Tabelle 10 Die Meinungen zur Ökumene nach Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Nennungen in %		
	eher dafür	eher dagegen	gleichgültig
Total Stichprobe	76	7	13
Frauen	81	6	10
Männer	72	7	16
20–39jährige	70	5	20
40–64jährige	82	6	9
65–84jährige	78	13	7
deutsche Schweiz	79	7	10
Westschweiz	71	5	19
Stadt	75	6	15
Land	79	8	8
CVP	88	5	4
FdP	85	5	7
SP	72	6	20
SVP	84	4	8
LdU	76	12	6
Pol. Integration Hoch	85	5	8
Pol. Integration Mittel	79	7	11
Pol. Integration Tief	60	6	25

Schliesslich sind wir noch der Frage nachgegangen, wie stark die Kirchen durch die Medien die Bevölkerung allgemein und welche Gruppen im Besonderen erreichen. Dazu wurden zwei Fragen gestellt. Die erste betrifft das regelmässige Hören und Sehen von religiösen Sendungen an Radio und Fernsehen, die zweite das regelmässige Lesen von Zeitungen und Zeitschriften mit vorwiegend religiösem Inhalt. Die Antworten auf beide Fragen sind in Tabelle 11 aufgeführt. Diese ist gleich aufgebaut wie Tabelle 10, wobei wiederum nur jene Merkmalsgruppen aufgeführt sind, deren Unterscheidungsmerkmal den jeweiligen Medienkonsum signifikant beeinflusst.

Im Durchschnitt erreichen die Kirchen mit beiden Medienarten etwas über 40% der Befragten. Dabei sind einzelne Merkmalsgruppen stark über-, andere stark untervertreten. Besonders gut erreicht werden die 65–84jährigen, die Landbe-

Tabelle 11 Das Verhältnis zu den Medien, die Gedankengut mit religiösem Inhalt vermitteln

Merkmalsgruppe	Regelmässiges Hören/Sehen von religiösen Sendungen an Radio/TV		Regelmässiges Lesen von Zeitungen/Zeitschriften mit vorwiegend rel. Inhalt	
	Ja in %	Nein	Ja in %	Nein
Total Stichprobe	41	59	44	56
Frauen	45	55	49	51
Männer	37	63	39	61
20–39jährige	27	73	28	72
40–64jährige	47	53	50	50
65–84jährige	57	43	66	34
deutsche Schweiz	45	55	48	52
Westschweiz	32	68	37	63
Stadt	34	66	37	63
Land	54	46	59	41
Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	40	60	48	52
Nicht leitende Angestellte/Beamte	32	68	36	64
Landwirte	58	42	63	37
Arbeiter	47	53	46	54
Primarschule	52	48	56	44
Sekundarschule	39	61	47	53
Berufs-, Gewerbeschule	41	59	32	58
Gymnasium, Technikum	31	69	36	64
Uni	28	72	31	59
Pol. Integration Hoch	47	53	56	44
Pol. Integration Mittel	42	58	45	55
Pol. Integration Tief	30	70	28	72

wohner und Primarschulabsolventen. Schlecht erreicht die Kirche hingegen die 20–39jährigen, die auch politisch nur schwach Integrierten, die Hochschulabsolventen und die Angestellten und Beamten in nicht-leitender Position. Von denjenigen, die regelmässig Radio- und TV-Sendungen mit religiösem Inhalt hören oder sehen, verfolgen 45% das "Wort zum Sonntag", 43% Messen und Predigten und 7% das "Wort zum neuen Tag". Von denjenigen, die angaben, regelmässig Zeitschriften und Zeitungen mit vorwiegend religiösem Inhalt zu lesen, lesen 92%

die offiziellen katholischen bzw. protestantischen Publikationen, wie "Sämann", "Kirchenbote", "Vie Protestante", "Pfarrblatt", "Schweiz. Kirchenzeitung", "Orientierung" usw.

2) Neuordnung der Landesversorgung

Bei der Neuordnung der Landesversorgung gab es am 2. März ein noch klareres Resultat als bei der Initiative für die Trennung von Kirche und Staat. So verwundert es nicht, dass es unter den Urnengängern kaum Konfliktfronten gab. Wie Tabelle 12 beweist, hat lediglich das Merkmal politische Integration den Entscheid zu dieser Verfassungsrevision beeinflusst.

Tabelle 12 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Neuordnung der Landesversorgung

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant Signifikanz- niveau
		Ja	Nein	
Geschlecht	Frauen	91	9	nein
	Männer	89	11	
Alter	20-39jährige	89	11	nein
	40-64jährige	90	10	
	65-84jährige	93	7	
Sprach- gruppe	deutsche Schweiz	90	10	nein
	Westschweiz	89	11	
Stadt/Land	Stadt	88	12	nein
	Land	93	7	
Konfession	Katholiken	88	12	nein
	Reformierte	93	7	
	Keine	80	20	
Beruf	Selbständigerwerbende, lei- tende Angestellte/Beamte	83	17	nein
	Nicht leitende Angestellte/ Beamte	94	6	
	Landwirte	93	7	
	Arbeiter	88	12	
Bildung	Primarschule	93	7	nein
	Sekundarschule	90	11	
	Berufs-, Gewerbeschule	88	12	
	Gymnasium, Technikum	92	8	
	Uni	92	8	

Tabelle 12 Fortsetzung

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant	
		Ja	Nein	Signifikanz- niveau	
Partei- sympathie	CVP	95	5	nein	
	FdP	98	2		
	SP	90	10		
	SVP	88	12		
	LdU	100	0		
Pol. Inte- gration ¹⁾	Hoch	92	8	ja	0,01
	Mittel	91	9		
	Tief	67	33		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		90	10		
		86	14		

Welches waren die Entscheidungsmotive bei dieser kaum bestrittenen Vorlage? Aus Tabelle 13 kann ersehen werden, dass, ähnlich wie bei der Trennungsinitiative, viele ihren Entscheid nur mangelhaft begründen konnten. Dies trifft sowohl für die Befürworter als auch für die Gegner zu.

Tabelle 13 Entscheidungsmotive bei der Neuordnung der Landesversorgung

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
– Vorsorge ist nötig/Wir brauchen Reserven	40
– Bund muss Kompetenz haben/Eine zentrale Stelle muss Verantwortung haben	17
– Krisen auch ausserhalb von Kriegen	6
Undifferenziert/Weiss nicht	24
<i>Nein-Motive</i>	
– Ist gegen Handels- und Gewerbefreiheit	7
Undifferenziert/Weiss nicht	59

Als klares Votum für die Vorsorge für Kriegszeiten und Reservehaltung allgemein verstanden 40% der Befürworter ihr Ja. Der Grund, weshalb der Verfassungsartikel über die Landesversorgung überhaupt revidiert wurde, nämlich die Sicherstellung der Landesversorgung auch ausserhalb von eigentlichen Kriegszeiten, wurde nur von 6% der Ja-Stimmenden als Entscheidmotiv angegeben.

Das einzige Nein-Motiv, das überhaupt von mehreren Gegnern genannt wurde, ist

die Befürchtung, der neue Verfassungsartikel gebe dem Bund die Kompetenz, willkürlich die Handels- und Gewerbefreiheit einzuschränken. Die Nein-Motive von 10 Gegnern der Neuordnung der Landesversorgung konnten zu keinen sinnvollen Kategorien zusammengefasst werden und fallen somit unter "andere" Motive. Da aber in unserer Stichprobe insgesamt nur 29 Gegner vertreten sind, machen diese "anderen" Motive 34% aus.

Anmerkungen

- (1) Das Gegenteil trifft zu, wie eine Umfrage bei 250 reformierten Frauen und Männern im Kanton Zürich, die im März/April 1977 vom Institut Publitest durchgeführt wurde, zeigte.
- (2) Zur Erhebung der Stimmbeteiligung: Die Befragten mussten angeben, wie oft sie normalerweise zur Urne gehen, angenommen im Laufe eines Jahres finden 10 Abstimmungen und Wahlen statt.
- (3) Vgl. dazu L. Neidhart/J.P. Hoby, Ursachen der gegenwärtigen Stimmbastinenz in der Schweiz, Zürich 1977, S. 100.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. März 1980

Zusammenfassung

Die Initiative für eine vollständige *Trennung von Kirche und Staat* ist gesamtschweizerisch mit einem Verhältnis von fast 4 : 1 Stimmen klar abgelehnt worden. Trotz dieses eindeutigen Resultats liessen sich *signifikante Unterschiede im Stimmverhalten einzelner Merkmalsgruppen* nachweisen. Einzig die Konfessionslosen stimmten der Initiative zu. Mit 31% fanden auch *überdurchschnittlich viele SP-Sympathisanten Gefallen am Anliegen der Initianten*. Ihre Partei hatte bekanntlich Stimmfreigabe beschlossen im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die die Nein-Parole herausgegeben hatten. *Die Anhänger von CVP, FdP und SVP lehnten denn auch überdurchschnittlich stark ab*. Unter den von uns Befragten befanden sich überhaupt keine SVP- oder LdU-Anhänger, welche die Initiative angenommen hätten. *Von den 20–39jährigen votierten 28% für die Trennung von Kirche und Staat, bei den über 40jährigen taten nur gerade 10% ein solches. Unter den Stadtbewohnern fanden sich 3 mal soviele Befürworter (21%) wie unter den Landbewohnern (7%), bei den Männern fast 2 mal soviele (19%) wie bei den Frauen (10%)*.

Ein Fünftel der *Trennungs-Befürworter* nannte den erwarteten *Wegfall der Kirchensteuern* als Motiv für ihren Ja-Entscheid. Weitere 13% meinten, *Kirche und Politik hätten miteinander nichts zu tun*, weshalb auch Kirche und Staat zu trennen seien. Ebensoviele motivierten ihr Ja mit der Feststellung, *sie seien aus der Kirche ausgetreten*. Eine Überprüfung mittels geschlossener Fragen bestätigte: die grösste Bedeutung massen die Befürworter jenen Fragen, die sich ums Geld drehen, bei. Es stört sie, dass die grossen Kirchen Steuern eintreiben können, nicht aber die Freikirchen. Auch mit dem Zustand, dass durch staatliche Subventionen an die Kirchen viele Steuerzahler eine Kirche mitfinanzieren, der sie nicht angehören, sind sie nicht einverstanden.

Meistgenanntes Contra-Argument war mit 18% der Nennungen die Meinung, *Kirche und Staat gehörten einfach zusammen, sie lösten gemeinsam Probleme*. Wieso sie zusammengehören bzw. welche Probleme sie gemeinsam lösen, wurde nicht spezifiziert. 14% der Trennungsgegner befürchteten, *die Kirchen würden durch eine Trennung finanziell ruiniert*. Der "föderalistische Reflex", d.h. die Meinung, die Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat sei Sache der Kantone, schlug mit nur 11% der *spontanen Motiv-Nennungen* zu Buche. In der Westschweiz wurde dieses Argument immerhin von einem Viertel der Trennungsgegner genannt. Die Überprüfung mit geschlossenen Fragen zeigte, dass es nicht an erster Stelle unter den Nein-Motiven stand. Die Kirche erfülle wichtige soziale Aufgaben meinten 8% der Gegner der Initiative.

Unter den Pro- und Contra-Argumenten, die den Befragten in einer geschlossenen Frage vorgelegt wurden, fanden – entsprechend dem Ausgang der Abstimmung – die Contra-Argumente breitere Zustimmung. Interessant ist, dass das *Engagement der Kirchen für die dritte Welt die deutlich höchste Zustimmung erreichte* – ein Argument, das von den Gegnern spontan kaum genannt wurde. Unter den Pro-Argumenten fand die *Abschaffung der finanziellen Privilegien grosse Zustimmung*, auch von den Gegnern der Initiative waren 44% einigermassen oder gar voll damit einverstanden.

Mehr als 60% der Befragten sind für die Zurückhaltung der Kirchen in politischen Fragen aber ebensoviele dafür, dass die Kirchen mithelfen, das Bestehende in Frage zu stellen. *Die Befragten sind also "konfliktfreudiger", wenn man die Frage des kirchlichen Engagements nicht auf politische Probleme zentriert.* Die Kirche wird nur von einer Minderheit als Hüterin der Tradition gewünscht. Besonders Junge und Leute mit höherer Schulbildung wollen eine engagierte Kirche.

Die Hälfte derjenigen, die Mitglied einer Kirche sind, ist aus echter Überzeugung dabei. Gleichviele hingegen nur noch aus Tradition. Die Älteren sind überdurchschnittlich oft unter den Erstgenannten, die Jungen überdurchschnittlich oft unter den Letztgenannten zu finden. Trotz mangelnder Überzeugung sind 52% derjenigen, die nur noch aus Tradition dabei sind, vor allem deshalb nicht ausgetreten, weil sie ihren Kindern einen christlichen Unterricht zukommen lassen wollen. Mitgliedschaft aus blosser Tradition will also nicht heissen, dass man sich vom christlichen Glauben total distanziert hat. Vielmehr will man die Basis dazu auch an die nächste Generation weitergeben.

Fast ein Drittel der Befragten geht mindestens 1 mal pro Monat zur Kirche. Dagegen gehen lediglich 10% überhaupt nie in die Kirche. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Kirchgangshäufigkeit und der Stimmbeteiligung: Mehr als die Hälfte derjenigen, die nie an Abstimmungen teilnehmen, gehen nie oder höchstens bei familiären Anlässen in die Kirche, während die Hälfte derjenigen, die sich an jeder Abstimmung beteiligen, mindestens 1 mal pro Monat zur Kirche gehen. Die Kirche erreicht die Leute aber nicht nur beim Gottesdienst. *Auch mit den Medien kann sie viele ansprechen.* So hören oder sehen 41% der Befragten regelmässig religiöse Sendungen an Radio oder Fernsehen und 44% lesen regelmässig Zeitungen oder Zeitschriften mit vorwiegend religiösem Inhalt. Besonders gut werden durch diese Medien die 65–84jährigen, die Landbewohner und Primarschulabsolventen erreicht. Allerdings gehören gerade diese Merkmalsgruppen auch zu den überdurchschnittlich treuen Kirchgängern.

Die Neuordnung der Landesversorgung, deren Annahme mit einem noch deutlicheren Stimmenverhältnis als die Ablehnung der Initiative für die Trennung von Kirche und Staat geschah, konnte keine Konfliktfronten mobilisieren. Einzig die politisch wenig Integrierten stimmten ihr unterdurchschnittlich zu.

Viele konnten ihren Entscheid nur mangelhaft begründen. 40% der Befürworter verstanden ihr Ja als grundsätzliches Votum für Vorsorge und Reservehaltung, 17% meinten, eine zentrale Stelle, der Bund, müsse Verantwortung und Kompetenz dazu haben. Lediglich 6% der Ja-Stimmenden motivierten ihr Ja mit der Fest-

stellung, dass Krisen auch ausserhalb von Kriegszeiten auftreten können, dem eigentlichen Grund, der zu dieser Verfassungsrevision geführt hatte. Die meisten Gegner dieser Vorlage konnten ihr Nein nur undifferenziert oder gar nicht begründen, einziges überhaupt klassierbares Motiv war die Befürchtung, der Bund erhalte die Kompetenz zu vermehrten Eingriffen in die Handels- und Gewerbe-freiheit.



Analyse de la votation fédérale du 2 mars 1980

Récapitulation des résultats principaux

L'initiative pour la *séparation complète de l'église et de l'Etat* a été clairement refusée dans toute la Suisse avec un rapport de voix de presque 4 contre 1. Malgré ce résultat unanime, on peut observer des *différences significatives dans les rapports de voix de certains groupes caractérisés*. Les personnes sans confession ont accepté l'initiative d'un seul élan. Avec leurs 31% de oui, les sympathisants du PS ont également trouvé un intérêt supérieur à la moyenne dans ce texte. Comme on le sait, leur parti avait en effet décidé de laisser la liberté de vote, contrairement aux partis bourgeois qui avaient recommandé le non. Les sympathisants du PDC, du PRD et de l'UDC ont repoussé cette proposition dans une plus large proportion que la moyenne. Parmi les personnes que nous avons interrogées, aucun des sympathisants de l'UDC et de l'AdI n'a accepté l'initiative. 28% des gens de 20-39 ans ont voté pour la séparation de l'église et de l'Etat, tandis que 10% seulement des personnes de plus de 40 ans en ont fait autant. On a compté trois fois plus de oui parmi les citadins (21%) que parmi les campagnards (7%), et presque deux fois plus parmi les hommes (19%) que parmi les femmes (10%).

Un cinquième des citoyens favorables à la séparation ont énoncé comme motif de leur oui, leur espoir de voir supprimer l'impôt d'église. 13% pensaient qu'église et politique n'avaient rien à faire ensemble et que, par conséquent, l'église et l'Etat devaient être séparés. Autant d'autres ont motivé leur acceptation par le fait qu'ils sont sortis de l'église. L'examen par questions "fermées" a confirmé le fait suivant: ceux qui ont voté oui accordent une très grande importance aux problèmes d'ordre financier. Le fait que les grandes églises puissent prélever des impôts, tandis que les églises libres ne le peuvent pas, les dérange. Ils ne sont pas non plus d'accord avec le principe qui veut qu'à travers les subventions étatiques aux églises, de nombreux contribuables financent une église à laquelle ils n'appartiennent pas.

L'argument opposé le plus souvent cité, représentant les 18% des nons, était l'idée qu'église et Etat allaient simplement bien ensemble et résolvaient communément des problèmes. Il n'était cependant pas spécifié pourquoi ils s'accordaient et quels problèmes ils résolvaient ensemble. 14% des adversaires de la séparation craignent que l'église ne soit financièrement ruinée par cette mesure. Le "réflexe fédéraliste", c'est-à-dire l'impression que la réglementation des rapports entre l'église et l'Etat est une affaire cantonale, n'est apparue que dans 11% des motifs énoncés spontanément. En Suisse romande cet argument a été tout de même évoqué par un quart des adversaires de la séparation. L'examen par questions "fermées" a

montré que ce fait ne se situait pas au premier rang parmi les motifs de refus. 8% des opposants à l'initiative pensaient que l'église remplissait des devoirs sociaux importants.

Parmi les arguments pour et contre qui ont été présentés aux personnes interrogées sous forme de questions "fermées", conformément à l'issue de la votation, les arguments contre ont trouvé une approbation plus large. Il est intéressant de constater que *l'engagement de l'église pour le Tiers-Monde a nettement rencontré la plus large approbation* — un argument qui n'avait pratiquement pas été cité spontanément par les opposants. Parmi les arguments pour, *la suppression des privilèges financiers a obtenu un grand assentiment*; même parmi les adversaires de l'initiative, 44% étaient partiellement ou entièrement d'accord avec l'abolition de ces privilèges.

Plus de 60% des personnes interrogées souhaitent une certaine discrétion de la part de l'église dans les questions politiques, mais autant sont pour le fait que l'église apporte sa contribution lorsqu'il s'agit de remettre en question ce qui existe. *Les citoyens interrogés "apprécient les conflits", si l'on ne centre pas la question de l'engagement de l'église sur des problèmes politiques. Seule une minorité souhaite que l'église soit la gardienne de la tradition.* Ce sont surtout les jeunes et les personnes qui sont au bénéfice d'une formation scolaire assez poussée qui veulent une église engagée.

La moitié des personnes qui sont membres d'une église le sont par conviction profonde. Les autres, en revanche, ne le sont que par tradition. On rencontre surtout les plus âgés dans le premier groupe, tandis que les jeunes sont surreprésentés dans le second. Malgré leur manque de conviction, 52% des personnes demeurées dans l'église par tradition uniquement, *n'ont cependant pas voulu la quitter, car ils désiraient avant tout que leurs enfants reçoivent un enseignement chrétien.* Une appartenance qui n'est due qu'à la tradition ne signifie donc pas que l'on se soit totalement distancé de la foi chrétienne. On désire au contraire continuer à donner cette base à la génération suivante.

Près d'un tiers des personnes interrogées se rend au moins une fois par mois à l'église. En revanche, 10% des gens seulement, *ne vont jamais à l'église.* Il existe un rapport entre la fréquence des visites à l'église et la participation aux scrutins: plus de la moitié des gens qui ne prennent jamais part aux votations, ne vont jamais ou qu'à l'occasion de fêtes familiales à l'église, tandis que la moitié des personnes qui participent à tous les scrutins, se rend au moins une fois par mois à l'église. L'église ne touche pas les gens que par le service divin. *Elle peut aussi parvenir jusqu'à eux par l'intermédiaire des média.* Ainsi, 41% des personnes interrogées *écoutent ou regardent régulièrement des émissions religieuses à la radio ou à la télévision et 44% lisent régulièrement des journaux ou des publications dont le contenu est principalement religieux.* Grâce à ces média, on atteint surtout les personnes de 65 à 84 ans, les habitants des campagnes et les personnes qui ont une formation scolaire primaire. De toute manière, ces groupes particuliers représentent précisément ceux qui se rendent le plus fidèlement à l'église.

La nouvelle ordonnance sur *l'approvisionnement du pays*, dont l'acceptation a été encore plus nette que le refus de l'initiative pour la séparation de l'église et de l'Etat, *n'a pas pu mobiliser des fronts conflictuels*. Seules les personnes politiquement peu intégrées l'ont approuvée dans une proportion inférieure à la moyenne. *Beaucoup n'ont motivé leur décision qu'insuffisamment*. 40% des personnes acceptantes ont compris leur oui comme un *vote fondamentalement en faveur de la prévoyance et du maintien de réserves*, 17% ont pensé qu'une autorité centrale, la Confédération, devait en avoir la responsabilité et la compétence. 6% seulement des personnes acceptantes ont motivé leur oui par le fait que des crises pouvaient survenir également en dehors des périodes de guerre, raison même qui avait amené cette révision constitutionnelle. La plupart des personnes qui se sont opposées à ce projet n'ont pas motivé leur non ou que d'une manière indistincte. Le seul motif classable a été la crainte que la Confédération obtienne ainsi une compétence qui lui permette d'étendre son emprise sur la liberté du commerce et de l'industrie.





PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein Basel / Schweiz. Bankgesellschaft Zürich / Schweiz. Kreditanstalt Zürich / Schweiz. Volksbank Bern / COOP Schweiz Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche Basel / Dr. D. Bührle Zürich / Sandoz Basel / Eswa-Ernst Stansstad / IBM Zürich / Viscosuisse Emmenbrücke / Alusuisse Basel / Dr. C. Aebi Burgdorf / Philip Morris Lausanne / Rheinsalinen Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé Vevey / SMUV Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Baselstadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR.

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Dr. A. Wander Bern / Sunlight Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero Lenzburg / Weltwoche-Verlag Zürich / Kümmerly-Frey Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

